

Streit um Konzept für Gymnasium

CDU-KRITIK Unverständnis bei SPD

NACKENHEIM (red). „Das Schulgesetz regelt, welches Raumprogramm notwendig ist, also was und in welcher Größe der Kreis bauen muss. Außerdem ist klar die Beteiligung der Eltern geregelt“, reagieren die Vorsitzende der SPD-Fraktion im Kreistag, Marianne Grosse, und ihr Stellvertreter Ralph Spiegler mit Unverständnis auf die Forderung der CDU-Fraktionsvorsitzenden Dorothea Schäfer nach einem langfristig angelegten Gesamtkonzept für das Gymnasium Nackenheim.

Der Landkreis engagiere sich wie kein zweiter finanziell für seine Schulen; mit seinen Ressourcen müsse der Kreis dennoch oder auch gerade deshalb sorgsam umgehen. „Dazu gehört eine fundierte, wohlüberlegte und sorgsame Planung dieses Projektes“, so Grosse und Spiegler. Von der Herangehensweise, die Grundschule und das Gymnasium gemeinsam zu bauen beziehungsweise zu erweitern, profitieren beide Schulträger, Landkreis wie Verbandsgemeinde. Marianne Grosse will sich in Kreis- und VG-Rat dafür stark machen, dass dieses gemeinsame Vorhaben zügig und positiv für alle Beteiligten abgeschlossen wer-

de. „Die CDU sollte zur sachlichen Mitarbeit zurückkehren, ohne Polemik und Störfeuer, also konstruktiv mitarbeiten“, heißt es.

Auch Dorothea Schäfer meldet sich nach den Äußerungen des Kreisbeigeordneten Adam Schmitt, der auf Beratungen im Kreisausschuss verwiesen hat, erneut zu Wort: „Es geht um eine langfristige und vorausschauende Schulentwicklungsplanung. Unabhängig von den einzelnen Planungsabschnitten, etwa einem gemeinsamen Vorgehen mit der VG Bodenheim zur Einbindung des Grundschulareals, muss doch frühzeitig thematisiert werden, was das G8-Gymnasium über die derzeit zur Diskussion stehenden Punkte hinaus noch an Raumplanung braucht, damit alles Notwendige zu dem Zeitpunkt vorhanden ist, an dem das Gymnasium komplett aufgebaut sein wird.“ Dass die Beteiligung der Eltern gesetzlich festgeschrieben sei, sei richtig, so Schäfer; es müsse den Eltern jedoch schon wie Hohn vorkommen, dass Schmitt das erwähnt, denn bisher seien die Eltern spät oder gar nicht berücksichtigt worden.